

ELENA im Lichte informationeller Selbstbestimmung

Norman Radtke

Universität Leipzig
Seminar Wissen in der modernen Gesellschaft
14. Juni 2010

Gliederung

- 1 Einführung
- 2 Ablauf des Verfahrens
- 3 Kritik, Berufürchtungen und Ausblick

Was ist ELENA?

- ELENA ist die Bezeichnung Gesetzes über den elektronischen Entgeltnachweis
- ELENA wurde von der Hartz-Kommision nach Vorschlägen der Arbeitgeberverbände aufgenommen (JobCard)
- seit 01.04.2009 in Kraft
- 01.01.2010 begann die Übermittlung der Daten
- 01.01.2012 soll der Zugriff durch die “Abrufenden Stellen” möglich sein
- Entgelter aller Angestellten, Beamten, Richter und Soldaten werden übertragen

Wozu ELENA?

- Mit der Speicherung an zentraler Stelle erhofft man sich Bürokratieabbau und ein effizienteres Arbeiten der teilnehmenden Behörden
- Die “abrufenden Stellen“ sparen sich in Zukunft den Schriftverkehr mit den Arbeitgebern
- Vorgesehen, für Arbeitslosen-, Wohn- und Elterngeld
- Einbeziehung/Interesse auch für Bafög, ALG II u.a. möglich bzw. angedacht

Was ist der Nutzen?

- Der Gesetzgeber spricht von jährlichen Einsparungen auf Seiten der Unternehmer von ca. 86 Mio €
- Einsparungen werden auch bei den teilnehmenden Behörden erwartet
- Den teilnehmende Bürgern entsteht kein direkter (finanzieller Nutzen), vielmehr sollen die Bearbeitungszeiten von Anträgen und der Service der Behörden verbessert werden

Beteiligte Stellen

- Am ELENA Verfahren gibt es folgende definierte Akteure:
 - Arbeitgeber (AG)
 - zentrale Speicherstelle (ZSS)
 - Registratur Fachverfahren (RFV)
 - Anmeldestelle
 - Teilnehmer
 - Abrufende Stelle

Arbeitgeber

- Der Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet monatlich den elektronischen Entgeltnachweis an die ZSS zu übertragen
- Dies geschieht über zertifizierte Software
- Daten werden in einem “Multifunktionalem Datensatz“ (MFDS) übertragen

ZSS und RFV

- Die zentrale Speicherstelle nimmt alle übermittelten Daten auf
- Die Speicherdauer ist geregelt und beträgt den maximal zurückliegenden Zeitraum den eine abrufende Stelle zur Antragbearbeitung benötigt
- Das RFV stellt eine Verbindung zwischen den anonymen Datensätzen der ZSS und dem Teilnehmer her
- Soll Missbrauch verhindern

Teilnehmer und Anmeldestelle

- Teilnehmer meldet sich für den erstmaligen Gebrauch an der Anmeldestelle an
- Diese teilt den neuen Teilnehmer dem RFV mit
- Teilnehmer erhält eine Signaturkarte mit welcher er die abrufenden Stelle bevollmächtigen kann die benötigten Daten abzurufen
- Teilnehmer kann eine Selbstauskunft beantragen

Abrufende Stelle

- Abrufende Stelle benötigt das Einverständnis des Teilnehmers und die gültige Signaturkarte um einen oder mehrere Entgeltnachweise abzurufen
- Sachbearbeiter muss das Recht besitzen die entsprechenden Daten abrufen zu dürfen
- Dies regelt ein Verantwortlicher (root) Vorgesetzter der Dienststelle

Speichern auf Vorrat

- Teilnahme ist für Angestellten, Beamte, Richter und Soldaten (ca. 40 Mio. Menschen) per Gesetz vorgeschrieben
- Für einen Großteil der Teilnehmer wird der Zweck der Speicherung niemals zur Anwendung kommen
- Hierin sehen Datenschützer den Tatbestand der Vorratsdatenspeicherung erfüllt

legaler Zugriff auf Daten

- Es ist nicht abzusehen wer später einmal noch auf die Daten zugreifen soll
- Bis 2015 soll im Zuge des Verfahrens geprüft werden, ob alle Bescheinigungen des Sozialrechts eingebunden werden können
- Vor allem ein möglicher Zugriff durch innenpolitische Organe (Zoll, Polizei usw.) oder privaten Stellen wird befürchtet

Interesse der Arbeitgeber (AG)

- An der Idee und dem Vorantreiben dieser waren auch Arbeitgeberverbände beteiligt
- Viele Felder des MFDS beinhalten dem eigentlichen Sinn “zweifelhafte“ Inhalte (Kirchensteuer, vertragswidriges Verhalten)
- Auch “Freitextfelder“ zur subjektiven Meinungsäußerung des AG sind vorhanden
- Es wird befürchtet, dass durch einen möglichen späteren Zugriff der Arbeitgeber auf die Daten ein Druckmittel für Arbeitnehmer geschaffen wird

Keine End-zu-End-Verschlüsselung

- Anstelle der angedachten End-zu-End-Verschlüsselung ist das Verfahren mit der Zwischenstelle RFV getreten
- Nach dem Überprüfen der Daten werden diese verschlüsselt und später die gesamte Datenbank der ZSS noch einmal verschlüsselt
- Von der Aushändigung eines Schlüssels an den Teilnehmer wurde Abstand genommen
- Es gibt Befürchtungen, dass die Schlüssel nicht oder noch nicht existieren

Kostenblase (für Klein(st)unternehmen)

- Die Ersparnis für Unternehmen bezieht sich vor allem auf große und mittelständige, da diese meist über ein Personalwesen verfügen
- Für Klein- und Kleinstunternehmen wird eine Kostenzunahme durch den zusätzlichen Mehraufwand erwartet

Kritische Äußerung in der Öffentlichkeit

- Der Bundesdatenschutzbeauftragte (BDSB) Peter Schaar kritisierte die Unverhältnismäßigkeit der Datenmenge gegenüber der Sache
- Schaar forderte Nachbesserungen der Bundesregierung
- Erste Änderungen wurden getätigt
- Die Felder, ob ein Teilnehmer an einem Streik (organisiert oder wild wird unterschieden) teilgenommen hat, wurden entfernt

Kritische Äußerung in der Öffentlichkeit

- Schaar und seine Kollegen der Länder kritisieren weiter offen das Speichern der Daten auf Vorrat und damit verbundene verfassungsrechtliche Konflikte
- Insbesondere bemängelt er Felder welche subjektive Äußerungen der Arbeitgeber zulassen (“Schilderung des vertragswidrigen Verhaltens, das Anlass der Kündigung/Entlassung war“)
- Diese können aufgrund der derzeitigen Regelung erst 2012 von den Teilnehmern auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden [4]

Kritische Äußerung in der Öffentlichkeit

- Die Parteien “Die Linke“ und “Piratenpartei“ erweisen sich als gänzlicher Gegner ELENAs (Die Linke) oder in der bisherigen Form (Piratenpartei)
- “Die Linke“ stimmte als einzige Partei gegen den Gesetzesentwurf
- “Bündnis 90/Die Grünen“ sowie die FDP enthielten sich

Kritische Äußerung in der Öffentlichkeit

- “Bündnis 90/Die Grünen“ merkten an, dass die Vergabe des Datenbankhauptschlüssels an den BDSB falsch sei [5]
- Der BDSB selbst lehnte die Idee der Verwaltung des Schlüssels durch seine Amtsstelle ebenfalls ab
- Die Bundesnotarkammer sei der Partei nach prädestiniert für diese Aufgabe gewesen
- Wer kontrolliert nun den BDSB auf Einhaltung der Datenschutzrichtlinien?

Verfassungsbeschwerde

- Ähnlich wie bei dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung wurde eine Verfassungsbeschwerde [3] eingereicht
- Über den Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs (FoeBuD) initiiert
- Die Beschwerde stützt sich auf sehr viele Argumente (unter Anderem):
 - Speichern auf Vorrat
 - Verstoß gegen die informationelle Selbstbestimmung
 - Ungenügende Benennung der Speicherzeiträume
 - Verstoß gegen das Recht auf Religionsfreiheit (Feld: Kirchensteuer)

Ausblick

- Der FoeBuD ist zuversichtlich einen positiven Ausgang der Verfassungsbeschwerde zu erreichen
- Die wiederholenden Mahnungen des BDSB und seiner Kollegen der Länder veranlassten den Bundestag zum Handeln
- Die Bürger selbst können sich nur anderweitig engagieren (Verfassungsbeschwerde, ePetition) oder abwarten
- Eine Verweigerung der Teilnahme ist nicht möglich

Ausblick

- Arbeitgeber begehen eine Ordnungswidrigkeit wenn sie die geforderten Daten nicht liefern (bis zu 25.000€ Strafe)
- Dem Argument der Nutzlosigkeit ELENAs für viele Teilnehmer können Befürworter entgegensetzen einfach mehr Behörden und Dienstleistungen zu beteiligen
- Prognose: auch ELENA könnte vom Bundesverfassungsgericht verboten oder stark eingeschränkt werden

Quellen

-  *ELENA Verfahrensbeschreibung Version 1.0 Stand 01.01.2010*, www.das-elena-verfahren.de Deutscher Rentenschutzbund
-  *ELENA Verfahrensbeschreibung Anlage 6, MVDS - fachlicher Inhalt*, www.das-elena-verfahren.de Deutscher Rentenschutzbund
-  *Verfassungsbeschwerde ELENA – 1 BvR 902/10*, Rechtsanwalt Meinhard Starostik, Rechtsanwalt Dominik Boecker

Quellen



Schaar: Datenschutzrechtliche Verbesserungen beim elektronischen Entgeltnachweis (ELENA) – verfassungsrechtliche Probleme bestehen aber weiterhin, http://www.bfdi.bund.de/cln_134/DE/0effentlichkeitsarbeit/Pressemitteilungen/2009/PM_02_09_DatenschutzrechtlicheVerbesserungenELENA.html, 22.01.2009



Bundesfraktion Bündnis 90/Die Grünen, http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dok/267/267008.elena_verfahrensgesetz.pdf, 22.01.2009

Vielen Dank ...

... für die Aufmerksamkeit.